



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/16

19. Januar 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Um die Besatzungskosten	S.1
Zur Präsidentschaftswahl in Oesterreich	S.3
Wehrwirtschaftler für die "Marktwirtschaft"	S.4
Prof. Reuter - Berlins Oberbürgermeister	S.6

## Besiegte oder Verbündete

sp. Die Bundestagsdebatte über die Besatzungskosten und den Sicherheitsbeitrag hat die Bevölkerung besonders interessiert. Jeder einzelne weiss, wie sehr er selbst durch seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit dazu beitragen muss, diese Summen aufzubringen, und es sind dafür recht plastische Beispiele genannt worden, so, wenn darauf hingewiesen wurde, dass in Deutschland z.B. jedermann im Durchschnitt 1 1/2 Monate im Jahre eben für die Besatzungsmächte arbeitet - eine runde Quote, muss man schon sagen. Oder der Hinweis darauf, dass sämtliche Bundes- und Landesregierungen samt ihren Ministerien an personellen wie sachlichen Aufwendungen nur einen Bruchteil dessen benötigen, was die Besatzungskosten ausmachen. Auch das sagt genug.

In den Parteien gab es selbstverständlich Schattierungen in der Beurteilung dieser Frage, aber keine grundsätzlichen Auffassungsunterschiede - bis auf die kommunistische. Wesentlich ist, dass nach dem Abschluss der New Yorker Aussenminister-Konferenz im September 1950 das Gebiet der Bundesrepublik in das wirtschaftliche und politische Sicherheitssystem der westlichen Welt einbezogen worden ist. Auch der Charakter der Besetzung änderte sich damit oder hätte sich zumindestens ändern müssen. Es ist viel darüber gesprochen worden, dass es sich künftig bei dieser Besetzung nicht mehr um Sicherheitsmassnahmen gegen Deutschland, sondern einen Beitrag zur Sicherung

des Westens, zu dem anerkanntermassen auch Deutschland gehört, handle - ein grundlegender Unterschied. In der Besetzungspraxis, zu der natürlich in erster Linie auch die Kostenfrage gehört, hat dieser Wandel bisher keinen sichtbaren Niederschlag gefunden.

Zwar hat die Bundesregierung die alliierte Zusicherung erhalten, man würde künftig Ausgaben zu Lasten des Besatzungshaushaltes nur noch in unbedingt erforderlichen Umfange zulassen. (Hoffentlich hat man dabei auch, wie Carlo Schmid es formulierte, an eine etwas weniger extensive Auslegung des Begriffs Familie und ein etwas geringeres Bedürfnis nach Repräsentation gedacht). Gleichzeitig aber hat die Rohre Kommission einen Nachtragshaushalt zu den laufenden 4.5 Mrd. in Höhe von 1.414 Mrd. angefordert. Dieser Betrag soll zwar mit einem etwaigen künftigen Sicherheitsbeitrag zusammenhängen, aber nur einen Teil von ihm ausmachen, während für den Gesamtbetrag immer noch, wenn auch ineffizient, von 10 Prozent des geschätzten deutschen Sozialproduktes die Rede ist.

Diese schematische Veranlagung für alle Teilnehmerstaaten des westlichen Verteidigungssystems ist eine Unmöglichkeit. Hier sollte man vielmehr nach den Prinzipien einer möglichst liberalen Einkommenssteuererhebung - also nicht der deutschen - staffeln, je nachdem, ob es sich um ein wohlhabendes oder armes Land handelt, so wie es ja auch für den privaten Haushalt ein grosser Unterschied ist, ob man von 100 Mark 90, oder 400 DM 30% behält. Vor allem aber wird einheitlich eine vertragliche Grundlage gefordert: anstelle des gegenwärtigen Systems der einseitigen Requirierung.

Es hat sich in den letzten Jahren im Deutschen Volk, bei aller Anerkennung der Hilfe, die auf anderen Gebieten gewährt wurde, viel Zündstoff gegen den aufgeblähten Apparat der Besatzungsmächte in Deutschland angesammelt, weil man sah, wieviel Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Das Argument, dieses Geld sei ja im Lande geblieben, zieht nicht, denn es kommt auf den Zweck an, für den es verwendet wird. Der aber war nicht produktiv, sondern konsumbestimmt. Angesichts dieses Zündstoffes war die Sprache im Parlament massvoll, wenn die Kritik auch stellenweise sehr heftig war.

Aber ihre Ursachen rechtfertigten dies. Prof. Carlo Schmid hatte die Zustimmung des ganzen Hauses mit seiner Feststellung: "Die Alliierten können uns nicht wie Besiegte behandeln und gleichzeitig verlangen, wir sollten wie Verbündete reagieren."

## Um Renners Nachfolger

F. Wien, im Januar 1951.

Seit dem Ableben des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner befinden sich Volk und Volksvertreter in einem Stadium hitziger Diskussionen. Wer die Neigung des Österreicherers kennt, den Dingen ihren Lauf zu lassen, um dann bei Gelegenheit zu versichern, dass alle Mühe ohnehin zwecklos gewesen wäre, wer die zeitweilig auftretenden Anwandlungen einer politischen Lethargie unter den Massen studiert hat, erlebte in den letzten vierzehn Tagen seine helle Freude. Es war eine Auseinandersetzung darüber ausgebrochen, wie das neue Staatsoberhaupt gewählt werden sollte. Diese Frage stand so sehr im Mittelpunkt, dass darüber die Person des zu Wählenden fast ganz vergessen wurde.

In diesem Jahr wäre die Amtsperiode Dr. Renners abgelaufen, eine Neuwahl hätte stattfinden müssen. Dass die Wahl wieder auf den großen alten Sozialisten gefallen wäre, steht ausser Zweifel. Sonderbarerweise hat der Finanzminister im Budget keinen Posten für die Präsidentenwahl eingesetzt. Das Parlament ging bei der Beratung über diesen Schönheitsfehler zur Tagesordnung über. In den beiden Regierungsparteien, der ÖVP und der SPÖ, gab es genügend Männer, die aufgrund der guten Zusammenarbeit an eine Einigung über den Wahlvorgang glaubten. Praktisch hätte den neuen Bundespräsidenten wieder die Bundesversammlung (also der Bundesrat und der Nationalrat) wählen können. Aber die Verfassung bestimmt es anders: "Der Bundespräsident wird vom Bundesvolk in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt".

Dieser Artikel so stammt aus dem Jahre 1929. Bei den Wahlen (Wilhelm Miklas 1931 und Dr. Karl Renner 1945) wurde er jedoch nicht berücksichtigt. Die Gründe, weshalb 1945 von einer Volkswahl abgesehen wurde, liegen auf der Hand. Österreichs Regierung hatte nur eine scheinbare Souveränität. Hunderttausende befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft und viele Zehntausende waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Eine solche Wahl hätte nur äusserlich den Volkswillen repräsentiert. So wurde Dr. Renner von der Bundesversammlung zum Präsidenten gewählt. Jetzt sind diese Gründe weggefallen, das Volk pocht auf sein Recht.

Nun ist eine Wahl durch das Parlament und den Bundesrat ohne Zweifel billiger, die massgebenden Parteien können sich leichter über den zu wählenden Kandidaten einigen, der Wahlkampf, der die politischen Leidenschaften erhitzt, entfällt. So argumentierten die Gegner der Volkswahl. Sie würden es nicht gerne sehen, wenn das Mandat vom Volke erteilt würde und nicht von den Parteien. Deshalb äusserte sich auch der Sprecher der Volkspartei, Dr. Toncic, sehr vorsichtig zu der Vorlage der Regierung, die die verfassungsmässige Volkswahl vorsieht. Unmissverständlich erklärte jedoch Abg. Dr. Pittermann (SPÖ): "In Durchführung der Verfassung ist der Wahlgang durch das Volk notwendig". Trotz der eindeutigen Reaktion der österreichischen Öffentlichkeit, die ihr Wahlrecht fordert, versuchten ÖVP-Kreise, die Sozialisten für eine Verfassungsänderung zu gewinnen, sie haben aber die Stimmung gegen eine Volkswahl innerhalb der SPÖ überschätzt. Von den Parlamentariern wagte es keiner, einen Initiativantrag gegen die Regierungsvorlage zu stellen, weil er damit gegen die Stimmung im Volke gehandelt hätte. So wurde das Gesetz, das eine Volkswahl des neuen Bundespräsidenten vorsieht, einstimmig angenommen und die Wahl für den 2. Mai festgesetzt.

Wie die Sozialistische Korrespondenz mitteilt, könnte die Wahl um einen Monat vorverlegt werden, wenn die Alliierten dem Gesetz unverzüglich zustimmen. Ein Einspruch des Kontrollrates ist nicht zu erwarten. Sollte der Alliierte Rat die österreichische Regierung nicht unterrichten, dass er das Gesetz bestätige, so müssten 30 Tage gewartet werden, bis es automatisch in Kraft träte.

Die einstimmige Annahme des Gesetzes wurde vom österreichischen Volke mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Es ist dies ein Sieg der Demokratie, errungen grösstenteils von den Sozialisten, die es verstanden, durch ihr Eintreten für die Volkswahl und für die Verfassung Sympathien auch beim politisch Andersdenkenden zu gewinnen.

+ + +

Quo vadis, "Soziale Marktwirtschaft"?

RAP. In der jungen Bundesrepublik trifft man immer wieder alte Bekannte dort, wo man sie am wenigsten vermuten würde. Ein ständiger Mitarbeiter im Bundeswirtschaftsministerium, dem bekanntlich der

"Soziale Marktwirtschaftler" par excellence vorsteht, ist auch Prof. Dr. Kurt H e s s e .

Wer ist Prof. Hesse? Wenn nicht alles trügt, ist er identisch mit dem 1894 in Kiel geborenen ehemaligen Major Kurt Hesse der deutschen Reichswehr, der während seiner Dienstzeit 1922 in Berlin zum Dr. phil. promovierte, 1934 als Dozent für Kriegsgeschichte und Kriegswirtschaft an der Universität Berlin habilitierte und nach seiner bald darauf erfolgenden Reaktivierung als Major dem Oberkommando der Wehrmacht beigegeben wurde. 1940 führte er als Oberstleutnant die Pressegruppe des Heeres im OKW. Im August 1940 wurde Hesse zum ausserplanmässigen Professor für Kriegsgeschichte und Kriegswirtschaft an der Universität Berlin ernannt.

Über Kriegswirtschaft schrieb der damalige reaktivierte Major Hesse u. a. das 1935 in Hamburg erschienene Buch "Der kriegswirtschaftliche Gedanke".

Der Major und Professor Hesse war aller Wahrscheinlichkeit nach niemals Nationalsozialist. Aber mit dem eigentlichen Begründer der praktischen Kriegswirtschaft, dem jüdischen Grossindustriellen Walter Rathenau, hatte er die richtige Erkenntnis gemein, dass der moderne Krieg in erster Linie eine wirtschaftliche Aufgabe sei, die nur planwirtschaftlich bewältigt werden kann. Von dieser richtigen Erkenntnis stammen darum auch alle die Bewirtschaftungsmassnahmen, für die der jetzige Arbeitgeber Hesse, Minister Erhard, mit seiner Beharrlichkeit den Gedanken der sozialistischen und friedlichen Wirtschaftsplanung verantwortlich machen will.

Da der Bundeswirtschaftsminister noch vor wenigen Tagen erklärt hat, dass die "Soziale Marktwirtschaft" und ihre sogenannten freien Märkte auf keinen Fall aufgegeben werden sollen, darf man sich fragen, mit welchen Aufgaben wohl der für die geplante Kriegswirtschaft zweifellos als sachverständig anzusehende Professor und Oberstleutnant a. D. Kurt Hesse im Bundeswirtschaftsministerium betraut ist. Da wir keine Wehrmacht haben, kann es sich doch nicht um "wehrwirtschaftliche" Aufgaben handeln. Und für die "Rüstungswirtschaft auf fremde Rechnung" - die vielleicht denkbar wäre - bedarf es in der privatwirtschaftlichen, freien und sozialer Marktwirtschaft doch wohl keines erfahrenen Wehrwirtschaftlers?

Persönlichkeitswahl  
-----

sp. Nach dem ersten Wahlgang zum Posten des Berliner Oberbürgermeisters, der ein Remis ergab, ist Prof. Ernst Reuter mit sehr grosser Mehrheit wiedergewählt worden. Erst nachdem das geschehen ist, wird ganz klar, wie widersinnig jedes andere Ergebnis gewesen wäre.

Nüchterner Tatsachensinn, Klarheit der Konzeption, ein harter Wille, sehr gründliche kommunale Erfahrung und vor allem ein scharfes Auge für die grossen politischen Zusammenhänge, in die die seiner Führung anvertraute Stadt Berlin in dieser Zeit gestellt ist, zeichnen den Mann besonders aus. Die Zustimmung zu seiner politischen Arbeit und seiner schlichten menschlichen Art geht weit über den Kreis seiner unmittelbaren Anhänger aus der sozialdemokratischen Partei hinaus.

Ernst Reuter hat für den Wiederaufbau Berlins hingebungsvoll gearbeitet, er war unermüdlich in seinen Bemühungen, die Bundesregierung und die Alliierten zu grösstmöglichen Anstrengungen für diese in einer besonders schweren Notlage befindliche Stadt zu veranlassen. Schliesslich hat er Erfolg gehabt, wenn auch nicht in dem Masse, das er selbst für notwendig und auch möglich hält. Mit einem oft belächelten Optimismus hat er am Beginn der Berliner Blockade wenigstens die amerikanischen Möglichkeiten und auch den amerikanischen Willen zu tatkräftiger Hilfe vorausgesehen, wenn er auch den ganzen späteren Umfang, wie er in einem Gespräch gab, nicht annähernd richtig abgeschätzt habe. Reuter hat durch seine unerschütterliche Ruhe, gerade in den gefährlichsten Situationen der Stadt, an die Stelle einer aufflackernden Erregung in der Bevölkerung Besonnenheit und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber jeder Drohung gesetzt, wobei ihm das Temperament des Berliners freilich sehr nützlich entgegenkam. Die Wahl Reuters ist eine ausgesprochene Persönlichkeitswahl.

Die Arbeit, die nun vor dem wiedergewählten Oberbürgermeister liegt, wird kaum weniger schwer sein als seine bisherige. Als eine der Hauptaufgaben stellt sich die Angleichung Berlins an die verfassungsrechtlichen und praktischen Gegebenheiten der Bundesrepublik dar. Um dieses Kernproblem rankt sich eine Fülle von schwierigen Sonderfragen, die in gemeinsamer Arbeit bewältigt werden müssen.

+ + +  
-----

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.